



Informationsblatt der  
Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen  
Gruppe Mainz in Zusammenarbeit mit DFG-VK Hessen

## Mondays und Fridays for Future - und was ist an den anderen Tagen?

Dieses Friedlicht widmet sich leider Bedrohungen, von denen noch vor kurzem kaum jemand geglaubt hat, dass sie uns jemals wieder so sehr beschäftigen würden. Anfang der 1990er Jahre schien die Gefahr eines Atomkriegs gebannt. Die Weltuntergangsuhr, die die Gefahr eines Atomkriegs anzeigt, wurde da-

mals auf 17 Minuten vor 12 gestellt. 2019 steht sie auf 2 vor 12! Es ist gefährlicher als während des Ost-West-Konflikts. Statt zwei Blöcken stehen sich heute in einem „nuklearen Dschungel“ mehrere rivalisierende Mächte gegenüber. Rüstungsbe-

grenzungsabkommen werden gekündigt, es wird ungehemmt gerüstet. Einige Staaten haben wieder damit angefangen, junge Menschen ins Militär zu zwingen, und auch in Deutschland wird das gefordert. Das Gift des Nationalismus unterminiert nicht nur innerstaatlich Demokratie und Menschenrechte, sondern auch friedliche internationale Kooperation. Greta Thunberg, Umweltaktivistin aus Schweden und Initiatorin weltweiter Jugendproteste gegen den Klimawandel, spricht davon, dass wir noch 11 Jahre Zeit haben, bis wir genau dies nicht mehr haben: Zeit etwas zu verändern. Die Welt ist auf verschiedenen Ebenen einem Abgrund näher gekommen.

In den 1980ern demonstrierten Millionen im Westen, aber auch im Osten, gegen die drohende Vernichtung – mit Erfolg! Jetzt ist es fürs Überleben noch notwendiger als damals, aktiv zu werden.

Egal ob bei den Mondays for Future in Mainz, gegen die neuerliche Bedrohung durch Atomkriege, z.B. am 13. Mai 2019 um 17:30 Uhr auf dem Gutenbergplatz, pünktlich zu den Europa- und Kommunalwahlen, den internationalen Fridays for Future gegen die Zerstörung unserer Umwelt, den Protesten gegen den Tag der Bundeswehr oder was Euch auch immer wichtig ist. Es ist **jetzt** Zeit, etwas zu tun! Genug Anregungen und Termine findet ihr hier im Friedlicht.

Unsere Grundsatzklärung: *“Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.“*

**Mitglied werden!**

## Wie weiter nach der Kündigung des INF-Vertrags?

INF steht für „Intermediate-Range Nuclear Forces“, englisch für Nuklearwaffen mit mittlerer Reichweite. Ende Januar 2019 haben die USA das INF-Abkommen zum Verzicht auf atomare Mittelstreckenraketen aufgekündigt. Zuvor hatten sie Russland Vertragsbruch vorgeworfen.

Am 8. Dezember 1987 wurde er unterzeichnet und galt als Meilenstein auf dem Weg zur Beendigung des Kalten Krieges. In Washington unterzeichneten der amerikanische Präsident Ronald Reagan und der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow den INF-

Vertrag. Er verbot alle landgestützten konventionellen und nuklearen Raketen mit einer Reichweite von zwischen 500 und 5.500 Kilometern. Nur wenige Jahre zuvor hatte der Konflikt um die Entwicklung der sowjetischen SS-20-Raketen und den Nato-Doppelbeschluss die Welt an den Rand eines Atomkriegs gebracht.

Dieses Abkommen war von besonderer Bedeutung für die Europäer, deren Staaten innerhalb der Reichweite der Raketen lagen. Dieses Bedrohungsszenario hatte Anfang der 1980er Jahre Hunderttausende Demons-

tranten in Bonn, London und New York auf die Straßen getrieben. Sie protestierten gegen den Nato-Doppelbeschluss, der eine Stationierung von Pershing-II-Raketen auf dem Gebiet der Bundesrepublik vorsah und die Gefahr eines nuklearen Krieges in Europa real werden ließ. Diese Raketen waren mit einer Vorwarnzeit von unter sechs Minuten für den nuklearen Erstschlag geeignet. Auch in der DDR und anderen Ländern des Ostblocks entwickelte sich eine unabhängige Friedensbewegung, die gegen die Stationierung sowjetischer SS-20-Raketen protestierte.

Anfang 2007 spricht Russland zum ersten Mal von der Möglichkeit, den INF-Vertrag zu kündigen, falls die USA ihre Pläne umsetzen, Raketenabwehrkomponenten in Polen und der Tschechischen Republik zu stationieren.

Erste Hinweise darauf, dass Russland gegen die Bestimmungen des INF-Vertrages verstoßen könnte, gab es schon 2008. Damals erprobte Russland auf dem Testgelände Kapustin Jar östlich von Wolgograd einen neuen Marschflugkörper. Nach einer Auswertung durch US-Experten informierte Präsident Barack Obama 2011 den amerikanischen Kongress darüber, dass die russischen Raketentests den INF-Vertrag verletzen würden. Zwei Jahre später sprachen amerikanische Regierungsvertreter das Thema erstmals in Russland an. 2014 wurden die Vorwürfe öffentlich. Russland bestritt alles und konterte mit eigenen Anschuldigungen. Schließlich habe die Nato in Rumänien und Polen Raketenabwehrstellungen errichtet. Laut einem Bericht der "New York Times" vom Sommer 2017 sollen in Russland bereits zwei Bataillone mit Marschflugkörpern

Tabitha Elkins auf dem Rheinland-Pfalz-Tag 2018 in Worms, Foto: Harald Gewehr



stationiert sein. Am 20. Oktober 2018 erklärt US-Präsident Donald Trump öffentlich, dass Russland sich nicht an den Vertrag halte und er diesen deshalb aufkündigen wolle. Außenminister Mike Pompeo kündigte am 4. Dezember 2018 an, die US-Administration würde in 60 Tagen beginnen, den Austrittsprozess in Gang zu setzen, es sei denn, Russland würde die Bestimmungen des Vertrages wieder einhalten. Am 1. Februar 2019 erklärte er, die USA setze ab dem 2. Februar ihre Verpflichtungen aus dem INF-Vertrag aus und leite das Verfahren zum Austritt aus dem Vertrag ein. Somit wird der Vertrag am 2. August 2019 komplett außer Kraft gesetzt, es sei denn Russland „kehrt zur

Einhaltung der Vertragsbestimmung zurück“, so Pompeo. Gleich am nächsten Tag zog Russland nach und erklärte seinerseits, die Einhaltung des Vertrags auszusetzen.

Was kann für die Rettung des INF-Vertrages getan werden?

- 1.) Dringendste Aufgabe ist es, die Überprüfungs- und Inspektionsmechanismen des INF-Vertrages wieder in Kraft zu setzen.
- 2.) Die deutsche Bundesregierung muß die Gefolgschaft zu den USA, den Vertrag zu kündigen, revidieren. Stattdessen muß es von Seiten der NATO wieder vertrauensbildende Maßnahmen geben, welche wie folgt aussehen könnten:

- 3.) Abzug und Verschrottung aller stationierten Atomwaffen aus Deutschland (Büchel) und auch weltweit statt Modernisierung.
- 4.) Beseitigung sämtlicher seegestützter Atomraketen
- 5.) Abbau der Raketenabwehrstellungen in Polen und Rumänien und gleichzeitige Deinstallation und Verschrottung der Bataillone mit Marschflugkörpern auf russischem Boden.
- 6.) Wie Anfang der achtziger Jahre, könnte die europäische Friedensbewegung einen erheblichen Teil dazu beitragen, diese Maßnahmen zu beschleunigen.

## Aktionen gegen Atomwaffen

### Aktionspräsenz in Büchel: 20 Bomben – 20 Wochen

Zum vierten Mal demonstriert auch 2019 die Friedensbewegung mit einer zwanzigwöchigen Aktionspräsenz gegen die Atomwaffen in **Büchel** – 20 Wochen für die dort lagernden 20 Atomwaffen, vom **26. März**, dem Tag des nie umgesetzten Bundestagsbeschlusses von 2010 gegen die Atomwaffen in Büchel, bis zum **9. August**, dem Jahrestag des Atombombenangriffs auf Nagasaki 1945.

Während der gesamten Aktionspräsenz von März bis August wechseln sich Gruppen und Organisationen ab, um einen permanenten Protest in Büchel gegen Atomwaffen zu gewährleisten.

[buechel-atombombenfrei.jimdo.com](http://buechel-atombombenfrei.jimdo.com)

### Pacemakers Nuclearban Tour

Grenzüberschreitende Fahrradtour gegen Atomwaffen, **23.-26. Mai 2019**, von Karlsruhe über Straßburg, Saarbrücken, Metz, Verdun, Luxemburg, Trier (Sa. 25. Mai 9.45 -10.30 h), Büchel (Sa. 25. Mai 13-13.45 h), Mainz (So. 26. Mai, 9.30 -10 h) und Lorsch zurück nach Karlsruhe. [www.pace-makers.de](http://www.pace-makers.de), zeitnah auch: [www.dfg-vk-rlp.de](http://www.dfg-vk-rlp.de)

### Bundesweiter Aktionstag: Rettet den INF-Vertrag!

**Samstag, 1. Juni**

Es soll in so vielen Orten wie möglich Aktionen für eine atomwaffenfreie Welt geben! Vor allem die Vertretungen der USA und Russlands sollen dabei im Fokus stehen.

In Frankfurt/M. werden die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen – Deutschland (ICAN Deutschland), die Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung – Deutschland (IPPNW Deutschland) und die Kampagne atomwaffenfrei.jetzt! wieder vor

den Generalkonsulaten der USA und Russlands demonstrieren. Sie hatten dort bereits am 2. Februar mit Straßentheater zum Erhalt des Vertrags aufgerufen.

[www.dfg-vk-hessen.de/aktuell/inf](http://www.dfg-vk-hessen.de/aktuell/inf)

### Wir fordern von den USA und Russland:

- Der INF-Vertrag einschließlich der gegenseitigen Überprüfungs- und Überwachungsmaßnahmen muss erhalten bleiben.
- Der 2021 auslaufende New-START-Vertrag, der die zahlenmäßigen Obergrenzen für strategische Atomsprengköpfe und Trägersysteme (Interkontinentalraketen, U-Boote, Langstreckenbomber) der USA und Russlands festlegt, muss verlängert werden.
- Beide Länder müssen über die atomare Abrüstung verhandeln und dabei die anderen Atomwaffenstaaten einbeziehen.
- Schnellstmöglich müssen die USA, Russland und alle anderen Atommächte den 2017 beschlossenen UN-Atomwaffenvertragsvertrag unterzeichnen oder eine Nuklearwaffenkonvention ausarbeiten.

### Wir fordern von der Bundesregierung:

- Sie muss sich bei den USA und Russland für die oben genannten Schritte stark machen.
- Die Pläne, im Rahmen der nuklearen Teilhabe neue Atombomber zur Stationierung am Atomwaffenstandort Büchel in Rheinland-Pfalz zu kaufen, müssen aufgegeben werden.
- Sie muss für den Abzug der noch in Deutschland gelagerten US-Atomwaffen sorgen.
- Sie muss klarstellen, dass in Deutschland und Europa keine neuen Mittelstreckenraketen stationiert werden dürfen.

- Sie muss dem UN-Vertrag über das Verbot von Atomwaffen beitreten. Wettrüsten stoppen! Abrüstung schafft Sicherheit!

### QuattroPax in Büchel gegen Atomwaffen

Friedensgruppen aus den vier Ländern Belgien, Deutschland, Frankreich und Luxemburg haben sich in der Großregion Lothringen-Luxemburg-Rheinland-Pfalz-Saarland-Wallonien zum grenzüberschreitenden Netzwerk QuattroPax zusammengefunden. Die DFG-VK Rheinland-Pfalz und die Kampagne „Krieg beginnt hier“ sind dabei.

**Am Sonntag, 2. Juni** demonstriert QuattroPax in **Büchel** gegen Atomwaffen. [www.dfg-vk-rlp.de](http://www.dfg-vk-rlp.de)

### Gegen Atomwaffen!

Kundgebung, Straßentheater, Musik und mehr **Mainz, Dienstag, 18. Juni 2019, ab 17 Uhr** am Friedensmahnmal St. Christoph, Christofstr./Karmeliterplatz

mit Engagierten aus Politik, Vereinen und Initiativen, darunter Versöhnungsbund und DFG-VK [www.dfg-vk-mainz.de](http://www.dfg-vk-mainz.de)

### Flaggentag gegen Atomwaffen

der Bürgermeister für den Frieden

**Montag, 8. Juli 2019**

Am Flaggentag am 8. Juli wird vor zahlreichen Rathäusern die Flagge der Mayors for Peace gehisst, in Mainz seit einigen Jahren regelmäßig.

Am 8. Juli 1996 hat der Internationale Gerichtshof in einem Rechtsgutachten im Auftrag der Generalversammlung der Vereinten Nationen festgestellt, dass die Androhung und der Einsatz von Atomwaffen gegen die Prinzipien des Kriegsvölkerrechts verstoßen.

[www.dfg-vk-mainz.de](http://www.dfg-vk-mainz.de)

## Recht auf Leben, Unversehrtheit, Meinungsfreiheit

Das ist keine Selbstverständlichkeit, hier nicht, nirgends in Europa oder Asien und in Amerika schon gar nicht.

Viel zu wenige prangern die Ehrenmorde an Frauen an, vermutlich aus Angst vor Repressalien oder gar aus Gleichgültigkeit (?) Wo sind die großen Demos oder Lichterketten, wenn Menschen fast zu Tode geprügelt werden aus Fremdenhass oder Häuser vorsätzlich angezündet werden? Gewalt ist allgegenwärtig, Gefahren können an jeder Straßenecke lauern.

Ich verhielt mich still, gab keine Antwort, als abends vier junge Männer mir provozierend zuriefen „kriminelle Ausländer abschieben!“ Erwarteten sie meine Zustimmung oder Widerspruch? Ich wollte nichts riskieren, radelte schnell weg, aber wohl fühlte ich mich nicht dabei. Welchen Wert hat ein Menschenleben?

In Diktaturen sicher einen sehr geringen. Der Einzelne muss sich ins Kollektiv eingliedern und der Ideologie unterordnen. Abweichler werden benachteiligt, oft inhaftiert und getötet. KZs und Gulags in Nazi- und kommunistischen Diktaturen stehen dafür.

Auch im islamischen Kulturkreis, im Judentum, im Christentum und anderen Religionen wird das Individuum durch religiöse Vorschriften und Traditionen in seiner körperlichen Unversehrtheit durch Beschneidungen etc. verletzt. Auch hier gilt der einzelne Mensch wenig und geht in der Gemeinschaft „unter“.

Aber in Demokratien wie hier ist man doch sicher. Da herrschen Meinungsfreiheit und Gerechtigkeit. Das lässt man sich zur Beruhigung gerne einreden. Guckt man genauer hin, fallen die Ausgrenzungen auf. Meinungen werden unterdrückt, indem beispielsweise Leserbriefe, die dem Tenor des Artikels widersprechen, oftmals nicht gedruckt werden. Die Medien mit ihrer immensen Macht und Einflussnahme beteiligen sich an der Wegschiebung unliebsa-

mer und abweichender Strömungen.

Es ist überhaupt nicht abzuschätzen, wie oft Leute wegen ihrer Gesinnung oder politischen Einstellung gar nicht erst eingestellt werden. Und wie sieht es mit dem Recht auf Leben und Unversehrtheit bei Kindern hierzulande aus? Mir scheint, dass auch hier die Verbrechen an Kindern durch die eigenen Angehörigen, Betreuer, Priester etc. zunehmen, oder liegt es an der Berichterstattung der Medien? Ich denke, viele Eltern sind mit Kindern überfordert. In der Schule lernt man nicht, wie die süßen, nervigen Kleinen richtig versorgt werden.

Die Leute müssen wissen, wo sie in wirtschaftlicher Not, Lebenskrisen oder Krankheit Hilfe bekommen. Da liegt vieles im Argen. Vielen alten Menschen vorenthält man aus Kostengründen ihre Medikamente und notwendige Operationen. Ihre Lebensqualität verschlechtert sich, sie leiden und sterben früher.

Vielleicht geht der Trend dahin, dass an einem nicht allzu fernen Tag von den Alten erwartet wird, dass sie ihrem Leben selber ein Ende setzen.

In einigen Ländern ist aktive Sterbehilfe bereits jetzt schon straffrei.

**Fazit:** Zu Beginn und am Ende unseres Daseins – wenn wir schwach sind – ist unser Leben besonders gefährdet. Da brauchen wir jemanden, der uns mit Liebe und Hingabe schützt. Liebe und Nächstenliebe können nicht verordnet werden. Sie entspringen einer humanistischen oder religiösen Gesinnung. Diese Gesinnung darf nicht verkümmern, damit der Wert des Lebens, das Höchste, was wir besitzen, nicht verloren geht. Niemals darf menschliches Leben geopfert werden, nicht für Ideologien, nicht aus wirtschaftlichen Gründen und nicht in Kriegen, den furchtbarsten Verbrechen an der Menschheit.

ub

## Nein zum „Tag der Bundeswehr“!

**Krieg ist kein Volksfest**

Samstag, 15. Juni 2019, Proteste in Koblenz, Bad Hersfeld und anderswo

An 14 Standorten will die deutsche Armee am 15. Juni den "Tag der Bundeswehr" durchführen, einen 2015 eingeführten militaristischen Propagandatag. In Rheinland-Pfalz trifft es in diesem Jahr Koblenz, in Hessen Bad Hersfeld, eingebettet in den Hessentag, 9.-16. Juni.

Mit einer Art militärischem „Volksfest“ soll dabei um neuen Nachwuchs und Zustimmung zur aktuellen Militärpolitik geworben werden – mit Hüpfburgen über Gulasch-„Kanonen“ bis hin zu ausgestellten Panzern und anderen Waffen versucht die Bundeswehr die Bevölkerung von Militäreinsätzen zu überzeugen und junge Leute für den Kriegsdienst zu werben. Wir berichteten bereits in den vergangenen Jahren vom Rheinland-Pfalz-Tag darüber.

Der "Tag der Bundeswehr" wird auch in diesem Jahr wieder an den einzelnen Standorten von Protesten gegen deutsche Kriegeinsätze und gegen Krieg und Militär als Mittel der Politik begleitet. Beim Hessentag protestiert das Bündnis Friedlicher Hessentag mit phantasievollen Aktionen gegen den "Tag der Bundeswehr" und die zehntägige massive Militärpräsenz.

**Wir sagen: Nein zum Tag der Bundeswehr! Abrüstung jetzt! Kein Werben fürs Sterben!**

[keintagderbundeswehr.dfg-vk.de](http://keintagderbundeswehr.dfg-vk.de)

**Zu Koblenz:** [www.dfg-vk-rlp.de](http://www.dfg-vk-rlp.de)

**Zu Bad Hersfeld:** [www.dfg-vk-hessen.de](http://www.dfg-vk-hessen.de)

## Schrecken ohne Ende?

Im November 2018 erinnerten Politiker aus 60 Ländern in Paris an das Ende des 1. Weltkrieges vor 100 Jahren. Hoffnungsvoll stimmte, dass die ehemaligen Feinde vereint beieinander waren und in ihren Ansprachen Frieden gelobten. Nicht erst, als die Marseillaise erklang, deren furchtbarer Text erschütterte:

*„... das Brüllen der grausamen Krieger, sie rücken uns auf den Leib, eure Söhne, eure Frauen zu köpfen. Zu den Waffen, Bürger! ... marschieren wir! Das unreine Blut tränke unserer Äcker Furchen!“*

Nicht erst da kamen Zweifel auf: Die so „christliche“ CDU und andere EU-Politiker streben eine europäische Armee an, zusätzlich zu den ei-

genen Nationalarmeen, in Ergänzung zur Nato. Ist das die Lehre, das Fazit aus zwei Weltkriegen, sieht so Abrüstung aus?

Wenn der AfD-Chef Gauland sagen darf: „Hitler und die Nazis sind nur ein ‚Vogelschiss‘ in über 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte“. Dann betrachten wir doch einmal diese „erfolgreichen“ 1000 Jahre. Sie sind eine pausenlose Abfolge blutiger Schlachten und Kriege.

Und in Frankreich? Da hat Napoleon Europa bis Moskau mit Kriegen überzogen und hat – hoch gelobt – noch immer ein monströses Ehrengrab im Invalidendom in Paris. Ein Umdenken, ein Ächten von Kriegen als Mittel bei politischen Konflikten, hat nicht stattgefunden. Bisher nur leere Versprechungen!

Franzosen, singt wenigstens als erstes in eurer Hymne einen menschenfreundlichen Text! Und die deutsche Nationalhymne könnte so klingen, dann würden vielleicht auch Menschen, die hier eine neue Heimat gefunden haben, mit einstimmen:

*Friede, Freiheit, Menschenrechte  
überall in diesem Land.*

*Danach lasst uns alle streben,  
fest vereint mit Herz und Hand.*

*Leben lieben, Leid besiegen,  
schaffen wir Gerechtigkeit!*

*Friede, Freiheit, Menschenrechte  
überall in unsrer Zeit.*

ub

## Kreuzworträtsel mit Preisausschreiben

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
14					15							16
17					18				19			20
21				22			23	24			25	
	26	27	28			29			30			
31									32			33
34			35				36		37		38	
39		40			41	42		43				
44						45					46	
47				48		49			50	51		
52		53			54			55				56

Als besondere Erleichterung kann auf jedem einzelnen Feld der Lösungsbuchstabe sowohl waagrecht als auch senkrecht ermittelt werden.

Es gibt auch wieder etwas zu gewinnen:

☉ Ein Jahresabonnement der Zivilcourage, der Zeitschrift der DFG-VK

☉ Ein Jahresabonnement der Zeitschrift Graswurzelrevolution

Und so kann gewonnen werden:

Das Lösungswort (graue Felder) bis zum 7. Oktober 2019 schicken an

*DFG-VK Mainz, Bürogemeinschaft, Walpodenstr. 10, 55116 Mainz, oder an [dfgvkmz@web.de](mailto:dfgvkmz@web.de).*

Bitte Absendeadresse nicht vergessen und bitte auch angeben, welcher Preis gewünscht wird.

gl

### Waagrecht

- 1** Das glaubte man mal halbwegs überwunden zu haben. Hat sich in den letzten Jahren in ungeahntem Ausmaß verbreitet. Macht immer noch dumm, aggressiv und gewalttätig.
- 14** Von Echnaton zum Hauptgott ernannt.
- 15** Hier soll Daidalos seinen namensgebenden Sohn begraben haben. 1912 erkämpfte die Bevölkerung vorübergehend einen eigenen Staat, im Bürgerkrieg wurden 13000 Kommunisten hierhin verbannt, und Ilja Trojanow fand hier eine „Oase der Freiheit“, eine anarchistische Gesellschaft.
- 16** Eingekreist steht der Buchstabe gegen Herrschaft und für Freiheit.
- 17** Entsteht in Mooren.
- 18** Unglaublich: in den 20ern hatte diese rassistische Organisation (Abk.) Millionen von Mitgliedern und paradierte offen in der Hauptstadt. Heute sieht sie in Trump einen Unterstützer. Filmtipp dazu: Blackklansman.
- 19** Wenn man nicht weiß, wer kommt.
- 20** Filmklassiker von Fritz Lang.
- 21** Für manche heilige Silbe.
- 22** In der Türkei kann es ratsam sein, diese Himmelsrichtung (Abk.) zu nennen und nicht das böse K-Wort.
- 23** Daher kommt der Referent der Veranstaltung am 14. Juni in Mainz 2019 „Was kann ein

- auf Afrika ausgerichteter Friedensjournalismus in Europa bewirken?“
- 26** Heute nur ein Dorf in Uganda, einst Hauptquartier von Emin Pascha, Gouverneur der ägyptischen Äquator-Provinz.
- 30** Wirkt verheerend.
- 31** Entstand als Mittel des Arbeitskampfes.
- 32** Kleinverlag mit guten Büchern. Edition ..
- 33** Stadt (Kfz.-Kennzeichen) der Stunksitzung.
- 34** Partnerstadt (Kfz.-Kennzeichen) von Mainz, 1664 von kurmainzischen Truppen unterworfen.
- 35** Lusophon: „mein“.
- 36** In dieser Stadt (Kfz.-Kennzeichen) wurde führenden Nazis der Prozess gemacht.
- 37** Ob Uljanow sich nach diesem Fluss benannte, ist unklar.
- 39** 1957/58 kämpften Marokko und Spanien im Guerra Olvidada, im Vergessenen Krieg, um dieses Gebiet. 1969 wurde es marokkanisch.
- 41** Nordostdeutsche Landeshauptstadt.
- 44** Wird gern in Leuchtröhren verwendet.
- 45** „Nazis ...!“ Aber wohin?
- 46** Abk. für polizeiliche Misshandlung.
- 47** Einst Hauptstadt Biafras.
- 49** Landeshauptstadt (Kfz.-Kennzeichen) mit linksparteilechem Ministerpräsidenten.
- 50** Gare de l'... , das erste in Paris für Zugreisende aus dem Osten.
- 52** Hier (Kfz.-Kennzeichen) werden alle jungen

- Männer und Frauen der militärischen Zwangsmusterung unterzogen, aber nur Militärdienstwillige einberufen: „de facto eine Freiwilligenarmee mit ‚aggressiver‘ Personalbeschaffung“ urteilte Die Presse.
- 53** Sie unterzeichnete 1987 den Vertrag zu 4 senkrecht. Ihr Nachfolgestaat und die USA wollen sich nicht mehr von Rüstungsbegrenzungsverträgen an der Aufrüstung hindern lassen.

### Senkrecht

- 1** Führte 1999 den Kosovo-Krieg, einen illegalen Angriffskrieg.
- 2** Die Gefahr eines Krieges damit ist in den letzten Jahren enorm gestiegen. 2 Minuten vor 12 zeigt die Weltuntergangsuhr (Doomsday Clock).
- 3** In St. Louis das zum Westen, zwischen Pazifik und Bucht von San Francisco ein goldenes, in Schweigen in der Pfalz das Wein...
- 4** Der Vertrag zur Begrenzung dieser Waffen wurde gekündigt. Jetzt gilt es ihn und die Welt zu retten.
- 5** Das lateinische Alphabet hat für diesen Laut einen Buchstaben, das griechische leistet sich zwei davon.
- 6** Am Namenstag dieses lykischen Bischofs wird die DFG-VK Mainz 2019 die Karten an die „Gefangenen für den Frieden“ schreiben.

7 In Mainz dachte man bei diesen Buchstaben früher „Rechts des Rheins ist auch noch Mainz.“ Heute denkt man vor allem an eine reaktionäre CDU-Politikerin, die gegen die gleichgeschlechtliche Ehe agitiert und militärische und zivile Zwangsdienste propagiert.

8 So verhielt und verhält sich die deutsche Regierung oft gegenüber den USA, z.B. beim Abhören unter Freunden oder beim illegalen Drohnenkrieg.

9 span.: gehen

10 Ihr Nationalismus ist mit einem keineswegs friedlichen Buddhismus verbunden, wie die tamilische Bevölkerung Sri Lankas leidvoll erfahren musste.

11 Fungiert oft als militärische Provokation.

12 Wichtig für 2 senkrecht (chem. Zeichen).

13 Der hunderttausendfache Mörder Timur machte es zur Hauptstadt seines Reichs.

22 Heimatstadt von Georges Brassens.

24 Ca. 78% der Lufthülle der Erde (Elementzeichen).

25 Frz. Artikel.

27 Kfz.-Kennzeichen einer Stadt in Bayern, deren DFG-VK-Gruppe aber zum Landesverband Hessen gehört.

28 Für die Dominikanische Republik namensgebend.

29 Kantonales Kfz.-Kennzeichen zwischen Basel und Zürich.

31 Heute noch gerne zitiert und praktiziert: Christliche Handlungsanweisung aus dem Albigenserkreuzzug: „Tötet sie. Der Herr wird die ..... schon erkennen.“

38 Namensbestandteil (materno) des mexikanischen Präsidenten Peña (bis 2018)

40 Griechisch-philosophisch: Intellekt; frz.: Wir.

42 Sie zählen in Kanada zu den First Nations.

43 Einst chinesisches Königreich.

48 ndl. Possessivpronomen: Ihr (Höflichkeitsform)

51 Das haben italienische und spanische Ja-Sager gemeinsam.

54 Auch dort (Kfz.-Kenn.) wächst der Nationalismus. Der Artikel der Verfassung, der Militär verbietet, wird schon lange de facto unterlaufen und soll nun ganz der fortschreitenden Militarisierung weichen.

55 Wenn die Bahn unterirdisch fährt.

56 Der Vierzehnte im Alphabet.

## Handbuch für gewaltfreie Kampagnen – eine kurze Rezension

Gewaltfreiheit – eine der Maximen des Handbuchs der DFG-VK Gruppe Mainz, kommt nicht von ungefähr. Jede Kampagne für sich muss geplant und reflektiert werden. Sei es etwas vermeintlich „Banales“ wie der jährlich wiederkehrende Ostermarsch, Aktionen in Büchel, an denen sich unsere Gruppe beteiligt, oder eher kurzfristig zu planende Proteste wie z.B. gegen öffentliche Gelöbnisse oder Nazi-aufmärsche.

Das im Folgenden kurz beschriebene aber sehr umfassende Handbuch, ist uns dabei eine große Hilfe, besonders auch im Hinblick darauf, welche Kampagnen erfolgreich und welche leider weniger zielführend waren.

Das Handbuch für gewaltfreie Kampagnen, auf Englisch zuerst erschienen bei der War Resisters' International (WRI) – also der Internationalen der KriegsdienstgegnerInnen, beschäftigt sich nicht nur mit konkreten Kampagnen. Die deutsche Übersetzung und Erweiterung zeichnet darüber hinaus die Geschichte gewaltfreier Bewegungen auf, ihre vielfältigen Aktionsformen, deren Vor- und Nachbereitungen und ebenso, da sind die AutorInnen sehr ehrlich, eben auch das Scheitern einzelner Kampagnen.

Joanne Sheehan schreibt gleich zu Beginn des Buches: „Unsere Arbeitsdefinition von Gewaltfreiheit beruht auf der Sehnsucht, aller Gewalt ein Ende zu bereiten, ohne weitere Gewalt zu verursachen; dies schließt physische Gewalt ebenso ein wie sogenannte ‚strukturelle‘ und ‚kulturelle‘ Gewalt.“

Über 50 transnationale AutorInnen zeichnen hier nicht nur Ihre Erfahrungen mit den diversen Kampagnen auf, sondern berichteten auch über Ihre Trainings und unterschiedlichen Aktionsformen.

Gewaltfreiheit ist ein Konstrukt, welches in fast keiner Gemeinschaft fest verankert ist. Gandhi hat mit seinem „Salzmarsch“ tausende, heute wahrscheinlich Millionen Menschen von

dem Konzept überzeugen können. Heute jedoch, und auch das zeigt das Buch eindeutig auf, sind nicht charismatische Einzeltäter gefragt, deren Konzepten und Aktionsformen hinterfragt gefolgt wird. Möglichst von Beginn an gendergerechte, partizipative und pro-aktive Formen der Kommunikation stellen sich laut den AutorInnen in vielen Bereichen als das Mittel heraus, um die vorher definierten Aktionsziele zu erreichen.



Und hier wird das „Handbuch“ sehr praktisch:

Es gibt ganz eindeutige, manchmal sogar 1:1 übersetzbare Handlungsanweisungen. Natürlich lässt das Buch genug Spielraum, um es den eigenen Aktionsplänen anzupassen.

Gerade darauf legt das Buch einen besonderen Schwerpunkt. Trotz aller weltweit vorgestellten und gelungenen Kampagnen geht es auch immer um die Psychohygiene der an der Kampagne beteiligten AktivistInnen. Aktionsplan, Aktionsziel und die Nachbearbeitung der Kampagnen sollten daher immer als Einheit verstanden werden.

Nicht zu kurz kommt in diesem Handbuch auch der Einfluss der Medien, der auf keinen Fall missachtet werden sollte. Als wichtig wird in dem Buch beschrieben, Pressekontakte zu haben, diese Kontakte zu halten und natürlich eigene Medienstrukturen zu bilden. Für Deutschland stehen hier an erster Stelle Publi-

kationen wie die Graswurzelrevolution, die taz und die Junge Welt. Nicht zu vergessen sind niedrigschwellige Angebote wie indymedia, freie Radios, Offene Kanäle im Fernsehen und die bekannten sozialen Medien. Auf lokaler Ebene, also speziell hier für unsere DFG-VK-Gruppe in Mainz, sind dies die Allgemeine Zeitung und im besonderen der SWR, der uns schon bei einigen Protesten und Demonstrationen begleitet und uns so zu einer größeren Öffentlichkeit verholfen hat.

Das Handbuch für gewaltfreie Kampagnen bietet einen sehr umfassenden Überblick über die Geschichte der Gewaltfreiheit, deren Umsetzung und manchmal auch die Grenzen bestimmter Aktionsformen.

Es macht Mut, das eigene Engagement zu hinterfragen, Schwerpunkt der eigenen, vielleicht eingefahrenen Aktionsweisen immer wieder zu hinterfragen und zu versuchen, sich konsensuell, solidarisch und natürlich gendergerecht zu verhalten.

Jeder Artikel wird unterstützt durch entsprechende Quellen und Hinweise auf weiterführende Texte.

Herausgeber ist die War Resisters' International; Erschienen ist das Buch im Verlag Graswurzelrevolution. 256 S., 28 Fotos, 25 Abb. 18,90 €, ISBN 978-3-939045-32-8

Wen das Buch weitergehend interessiert, trifft uns, also VertreterInnen der DFG-VK, der Zeitschrift Zivilcourage, sowie des Verlages Graswurzelrevolution bei der Mainzer Mini-presse-Messe, der 25. Internationalen Buchmesse der Kleinverlage und Künstlerbücher vom 30. Mai bis 2. Juni 2019 in der Rheingoldhalle.

Für den 1. Juni ist dort eine Lesung aus dem Buch geplant. Leider standen zum Redaktionsschluss des Friedlichts die Uhrzeit und der Ort noch nicht fest. Demnächst hier:

[www.dfg-vk-mainz.de](http://www.dfg-vk-mainz.de)

## Wiederkehr der Zwangsdienste?

2011 wurde in Deutschland die sogenannte Wehrpflicht<sup>1</sup> ausgesetzt, was die AfD und andere schon seit Jahren rückgängig machen wollen. Im Sommer 2018 häuften sich Forderungen nach militärischen und zivilen Zwangsdiensten. Am meisten beachtet werden seitdem die immer wieder neuen Vorstöße von Kramp-Karrenbauer, der Vorsitzenden der CDU.

Bis zum Ende des Ost-West-Konflikts wurden in ganz Kontinentaleuropa junge Männer ins Militär gezwungen, abgesehen von Gebieten wie West-Berlin und Åland.

In den 1990er begannen Staaten in Westeuropa allmählich, den Kriegsdienstzwang abzuschaffen oder auszusetzen. Ihnen folgten Staaten in der Mitte und im Osten Europas. Mit großer Verspätung wurde 2011 auch in Deutschland der Kriegsdienstzwang ausgesetzt. Das bedeutet, dass in Deutschland Männer gemäß dem nach wie vor gültigen Wehrpflichtgesetz weiterhin zum Kriegsdienst verpflichtet sind, dass aber zurzeit niemand zwangsweise gemustert oder einberufen wird. Der Bundestag kann mit einfacher Mehrheit den Kriegsdienstzwang reaktivieren. Im Spannungs- und Verteidigungsfall tritt die Zwangsrekrutierung automatisch wieder in Kraft.

Schon 2013 begann die Trendwende. Ein Referendum in Österreich bestätigte die Dienstpflicht, in Norwegen dehnte man die Zwangsrekrutierung auf Frauen aus. Angesichts der Annexion der Krim durch Russland und des Kriegs in der Ost-Ukraine reaktivierten die Ukraine, Litauen und Georgien die Kriegsdienstpflicht. Seit 2018 werden in Schweden erstmals seit 2010 wieder junge Menschen ins Militär gezwungen, jetzt auch Frauen.

### Protest in Frankreich

Im Sommer 2019 soll in Frankreich der Service national universel (SNU) starten, ein zivil-militärischer Zwangsdienstmonat für Jugendliche beiderlei Geschlechts zwischen 15 und 18 – nicht in Kasernen, sondern in „Gemeinschaftshäusern“, mit morgendlichem Antreten zur Flaggenhissung und zum Absingen der Nationalhymne, zuerst für 3000 Jugendliche, die später einen freiwilligen zivilen oder militärischen Dienst leisten sollen. Im Juni 2018 wandten sich 14 Jugendorganisationen gegen den SNU. Er wird kritisiert als Freiheitsberaubung, die dazu dient, „zu überwachen und zu unterwerfen“ und die diejenigen anvisiert, die sich aufgrund ihres Alters kaum wehren können. Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung gilt dabei nicht. Auch die Union pacifiste de France lehnt den SNU entschieden ab.

### Debatte in Deutschland

Am entschlossensten fordert die AfD die Reaktivierung der sogenannten Wehrpflicht, verbun-

den mit Ersatzdiensten bei Feuerwehr, Technischem Hilfswerk und dergleichen. Auch die Vorschläge aus der CDU kombinieren Militärdienstzwang mit einer allgemeinen Dienstpflicht für Jugendliche beider Geschlechter. Kramp-Karrenbauer will sogar Asylsuchende, Flüchtlinge und Nicht-Deutsche zu einem Jahr Zwangsdienst verpflichten, angeblich um ihre Integration zu fördern. Bundeskanzlerin Merkel erklärte: "Ich möchte die Wehrpflicht nicht wieder einführen", befürwortete aber die Debatte über eine Dienstpflicht. Gleichzeitig verwies sie darauf, dass sich mehr Menschen fürs Freiwillige Soziale Jahr bewerben, als bezahlt werden können.

Abgesehen von der AfD werden kaum militärische Argumente angeführt. Man betont die vermeintlichen Segnungen einer Dienstpflicht. Heribert Prantl von der Süddeutschen Zeitung spricht gar von einem „Anti-Egoismus-Jahr.“ Man spricht von Wahlfreiheit zwischen verschiedenen Diensten, um Erinnerungen an inquisitorische Gewissensprüfungen und inhaftierte Kriegsdienstverweigerer nicht aufkommen zu lassen.

### Gegenstimmen

Widerspruch kam von der Linkspartei, den Grünen und der FDP und Teilen der SPD: Sie lehnen die mit Zwangsdienst verbundene Freiheitseinschränkung und die staatliche Bevormundung ab. Die FDP betont den volkswirtschaftlichen Schaden. Die Linke sieht die Zwangsdienstideen als Teil von Aufrüstung und Militarisierung.

Sowohl der Generalinspekteur der Bundeswehr Eberhard Zorn und Ex-Verteidigungsminister Rühle argumentieren, dass die Bundeswehr mangels Infrastruktur wie Kreiswehersatzämtern und Kasernen die Massen an Rekruten nicht aufnehmen könne und dass sich die Bundeswehr strukturell so grundlegend gewandelt habe, dass sie durch eine Rückkehr zur „Wehrpflicht“ ins Chaos gestürzt würde. Rühle und andere verweisen auch darauf, dass für eine allgemeine Dienstpflicht die Verfassung geändert werden müsse, wofür keine Mehrheit erreichbar sei.

### Wie wahrscheinlich sind alte oder neue Zwangsdienste?

Die CDU versucht offenbar wahltaktisch, sich gegenüber der AfD als konservativ, militaristisch und flüchtlingsfeindlich zu profilieren. Das schließt allerdings nicht aus, dass die CDU die Zwangsdienstideen auch durchsetzen will.

Von Regierungsseite wurde in den letzten Jahren mehrfach versichert, dass man kein Interesse an einer Reaktivierung des herkömmlichen Militärdienstzwangs habe. Die Bundeswehr wurde einerseits drastisch verkleinert, an-

dererseits zu einer weltweit einsetzbaren Interventionstruppe umgebaut. Die Zwangsrekrutierungen wurden eingestellt, weil in dieses Konzept sogenannte Wehrpflichtige nicht gut hineinpassen. Doch nun soll massiv aufgerüstet werden. Die Bundesregierung schickt in ihrem Drang nach militärischer Weltgeltung die Bundeswehr in Kriegseinsätze. Immer mehr NATO-Truppen werden nach Osten an die Grenzen Russlands verlegt. Gleichzeitig fällt es der Bundeswehr trotz ihrer Werbekampagnen schwer, ihre Rekrutierungsziele zu erreichen. Irgendwann könnte die Bundesregierung dann doch wieder auf den Zwang zurückzugreifen, auch wenn sie es jetzt noch vermeiden will.

Um sich diese Option offen zu halten, wurde die Zwangsrekrutierung 2011 bewusst auch nur ausgesetzt und nicht abgeschafft. Die nötigen Institutionen wurden beibehalten. Die gegenwärtige Debatte ist geeignet, den Boden für die Reaktivierung alter und die Einführung neuer Zwangsdienste vorzubereiten.

Kriegsdienst, Militär und Heldentod fürs Vaterland sind gegenwärtig in der deutschen Gesellschaft nicht gut angesehen. Wer also die sogenannte Wehrpflicht reaktivieren will, tut gut daran, vermeintlich gesellschaftlich nützliche zivile Ersatzdienste in den Vordergrund zu rücken.

Geschickt ist auch, als Opfer der Pflichtdienste diejenigen ins Visier zu nehmen, die sich am wenigsten an der Debatte beteiligen können: Flüchtlinge und Jugendliche. Die Zwangsrekrutierung politisch Rechtloser hat eine lange Tradition. Es ist ein alter Mythos, dass politische Mitsprache an die Bereitschaft zum Kriegsdienst gekoppelt sei. Doch gerade in Deutschland durften Männer erst ab 25 Jahren (Kaiserreich) oder ab 21 Jahren (BRD bis 1970) wählen, zwangsrekrutiert wurden sie meist mit 18.

Die jetzigen volljährigen und wahlberechtigten Jugendlichen können davon ausgehen, dass die Reaktivierung des Kriegsdienstzwangs nur nachfolgende Jahrgänge treffen würde, die meist nicht erlassen können, was auf sie zukommt und kein Wahlrecht haben. „Dienstpflicht - Ein Angriff auf die Jugend“ hieß es in der Zeitschrift Cicero.

### Frauen und Zwangsdienste

Frauen werden in Zukunft in Deutschland von etwaigen Zwangsdiensten kaum verschont bleiben. Traditionell waren Frauen nur in Israel und Eritrea militärdienstpflichtig. In den letzten Jahren sind Nordkorea, Norwegen und Schweden hinzugekommen, ebenso die Niederlande und Tschechien für den Fall der Reaktivierung des Kriegsdienstzwangs. Die Ausweitung auf Frauen wird in Finnland für die Militärdienstpflicht und in den USA bezüglich der Militär-

registrierung gefordert.

Früher ging man davon aus, dass nur Männer für den Militärdienst verwendbar seien. Nachdem die Bundeswehr Frauen auch in Kampftruppen zugelassen hatte, fragten in den Nullerjahren immer mehr junge Männer, warum Frauen sich frei für oder gegen Militärdienst entscheiden können, während Männer dazu gezwungen werden.

### Mögliche Szenarien

Der Wehrbeauftragte Bartels (SPD) nannte eine allgemeine Dienstpflicht „eine sympathische Idee“, der aber das Verbot der Zwangsarbeit entgegenstehe. Er plädiert für eine „Auswahlwehrrpflicht“, wie sie schon 2000 vorgeschlagen war und wie sie jetzt in Schweden und Norwegen praktiziert wird. Es werden dabei keineswegs alle sogenannten Wehrpflichtigen einberufen, sondern gerade so viele, wie das Militär zu benötigen glaubt. Über Fragebögen werden die Qualifikationen und die Dienstbereitschaft der Wehrpflichtigen ermittelt. Das Militär beruft diejenigen ein, die es für geeignet hält. Just zu Beginn der sommerlichen Zwangsdienstdebatte wurde im Juni 2018 für den Bundestag ein Gutachten über die „Wiedereinführung der Wehrrpflicht in Schweden“ erstellt. Demnach ist vorgesehen, vier Prozent des Jahrgangs tatsächlich einzuberufen. Mit der „Auswahlwehrrpflicht“ wären auch die Argumente, wonach eine Reaktivierung des Kriegsdienstzwangs organisatorisch, strukturell und finanziell nicht machbar sei, hinfällig. Die Bundeswehr würde nur so viele Personen einberufen, für die sie gerade ausreichend Kapazitäten hat, die sie ohne jede Gesetzesänderung im Lauf der Jahre erweitern könnte.

### Zwangsarbeitsverbot und allgemeine Dienstpflicht

Wie schon einige, die sich für eine Dienstpflicht begeistern, zu ihrem Bedauern feststellt haben, steht einer solchen das Verbot der Zwangsarbeit entgegen.

In Artikel 4 GG heißt es:

„(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.“

(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.“

Militärdienst ist eine herkömmliche Dienstleistungspflicht, ebenso der Militärsatzdienst, allerdings nicht ein Arbeitsdienst ohne Bezug zum Militärdienstzwang. Einige wollen das Wort „herkömmlich“ aus dem Grundgesetz

streichen. Doch die Menschenrechtskonventionen sowohl des Europarats als auch der Vereinten Nationen verbieten Sklaverei und Zwangsarbeit mit Ausnahme von Militärdienst und

### LA GUERRE CONTRE LA BÊTISE!



Krieg gegen die Dummheit  
Stirb, Dummkopf!  
aus Union Pacifiste

Militärsatzdienst. Allerdings ist zu bedenken, dass Staaten, wenn es um Krieg, Militär und Zwangsdienste geht, sich häufig ungestraft über Rechtsvorschriften hinwegsetzen.

Besser wäre, Zwangsarbeit ganz zu untersagen und keine Ausnahme für Kriegsdienst zu machen. Dann wäre auch das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung gewährleistet, im Unterschied zum gegenwärtig gültigen Recht, das Kriegsdienstverweigerung an Gewissensgründe bindet und zum Ausnahmerecht für diejenigen macht, denen der Staat Gewissensgründe attestiert und die dann auch noch zu Ersatzdienst gezwungen werden.

### Gegen Ausbeutung und Abwertung von Pflegearbeit

Angesichts der Forderung nach Zwangsdiensten ist zu fragen, warum irgendein Mensch für seine Arbeit nicht adäquat bezahlt werden soll. Eigentlich müssten Gewerkschaften allein bei diesem Gedanken – bildlich gesprochen – auf die Barrikaden gehen. Doch wenn es um Militärdienstzwang und zivile Zwangsdienste geht, gelten im gesellschaftlichen Bewusstsein die üblichen Standards nicht.

Warum sollen ausgerechnet Jugendliche und Flüchtlinge fast unbezahlt und in Unfreiheit arbeiten? Möglicherweise sogar Flüchtlinge, die gerade vor Zwangsrekrutierung geflohen sind? Und das in einer Zeit, in der die Schere zwischen Arm und Reich immer mehr auseinander geht und gerade Jugendliche mit unbezahlten Praktika, befristeten Stellen und prekären Arbeitsplätzen konfrontiert werden.

Der soziale und der Pflege-Bereich werden gern als Einsatzfelder für einen Pflichtdienst genannt, unter anderem wegen des Personalmangels. Doch der Personalmangel ist ein Resultat der miserablen Bezahlung dieser wichtigen Arbeit. Der Einsatz von billigen Zwangsdienstleistenden würde diese Arbeitsplätze erstens gefährden, zweitens würde die Billig-Konkurrenz das Lohnniveau weiter sinken lassen. Der vermeintlich so soziale Zwangsdienst erweist sich dann als zutiefst antisozial.

Wer damit rechnen muss, selbst einmal gepflegt werden zu müssen, hat ein Interesse daran, dann von qualifizierten, gut bezahlten und motivierten professionell arbeitenden Menschen versorgt zu werden und nicht von ungelernen Zwangsdienstleistenden. Ein Zwangsdienst würde die Botschaft vermitteln, dass die Pflegearbeit und die zu Pflegenden dem Staat wenig wert sind.

Dass von den Zwangsdienstbefürwortern Individualismus als Egoismus geschmäht wird, ist erschreckend, gerade vor dem Hintergrund des Anwachsens autoritärer Bewegungen. Probleme wie Krieg, Faschismus und Rassismus gehen nicht von individualistisch gesinnten Menschen aus: Es sind vor allem die kollektivistischen autoritätshörigen Befehlsempfänger\*innen, die im Glauben, Gutes zu tun, Kriege führen und gewaltsam gegen Andersdenkende oder anders Aussehende vorgehen – das „altruistische Böse“, wie es Jonathan Sacks nennt. Für eine Gesellschaft, in der freiheitliche Menschen tolerant und sozialverträglich miteinander leben sollen, ist Zwang jedenfalls kontraproduktiv.

Diejenigen, die anderen Egoismus vorwerfen, verfolgen ihre eigenen Interessen. Selbst wenn sie sich für ihre Überzeugung unter Inkaufnahme sogenannter persönlicher Nachteile engagieren, machen sie es, weil sie es so wollen und sich dabei wohlfühlen, also aus letztendlich egoistischen Motiven, die es nicht rechtfertigen, sich über andere zu erheben und ihnen den „Egoismus“ austreiben zu wollen.

*Ausführlicher zum Thema, mit Belegen für die Zitate: Gernot Lennert: Wiederkehr der Zwangsdienste? In: Connection e.V. (Hrsg.): Rundbrief »KDV im Krieg«, Ausgabe September 2018, S. 17-25,*

[www.dfg-vk-mainzErn/Dokumente/Hessen/2018/Wiedzwan.pdf](http://www.dfg-vk-mainzErn/Dokumente/Hessen/2018/Wiedzwan.pdf)

Gernot Lennert

1 Warum sogenannte Wehrrpflicht? *Wehrrpflicht* und *Wehrrdienst* und davon abgeleitete Begriffe suggerieren bezüglich des zwischenstaatlichen Verhältnisses, dass das Militär der Verteidigung diene. Allerdings haben sogenannte Wehrrdienstleistende schon viele Angriffskriege geführt. Das gilt gerade für Deutschland. Im Spannungsverhältnis zwischen Individuum und Staat ist der Begriff ebenfalls abwegig. Wehrrdienst leisten gerade diejenigen, denen es nicht gelingt, sich erfolgreich gegen die Rekrutierung zum Militär zu wehren. Deshalb verwende ich diese sachlich unzutreffenden und realitätsverschleiernenden Propagandabegriffe nicht.

## Internet:

DFG-VK Mainz: [www.dfg-vk-mainz.de](http://www.dfg-vk-mainz.de)

DFG-VK Hessen: [www.dfg-vk-hessen.de](http://www.dfg-vk-hessen.de)

DFG-VK Rheinland-Pfalz: [www.dfg-vk-rlp.de](http://www.dfg-vk-rlp.de)

[www.facebook.com/DFGVKRheinlandPfalzundHessen](http://www.facebook.com/DFGVKRheinlandPfalzundHessen)

DFG-VK bundesweit: [www.dfg-vk.de](http://www.dfg-vk.de)

War Resisters' International: [www.wri-irg.org](http://www.wri-irg.org)

## Beratung

für ausländische Kriegsdienstverweigerer(-innen),  
Kriegsdienstflüchtlinge und Deserteure(-innen):

Connection e.V.,

Von-Behring-Str. 110, 63075 Offenbach

Tel. 069-82 37 55 34, Fax 069-82 37 55 35,

[office@Connection-eV.de](mailto:office@Connection-eV.de)

[www.Connection-eV.de](http://www.Connection-eV.de)

Beratung für US-Militärangehörige

GI Café & Military Counseling Network

[gi-cafe-germany@gmx.net](mailto:gi-cafe-germany@gmx.net)

GI-Rights-Hotline Tel. 0151-56727550

[theclearingbarrel.blogspot.com](http://theclearingbarrel.blogspot.com)

[www.facebook.com/Military-Counseling-Network-eV-56046583423](http://www.facebook.com/Military-Counseling-Network-eV-56046583423)

## Radiosendung "Pazifissimus"

der DFG-VK Mainz und Wiesbaden läuft an jedem zweiten  
Mittwoch von 18 bis 19 Uhr (in ungeraden Kalenderwochen)  
im Rahmen des Programms von Radio Quer im Wiesbadener  
Lokalradio auf 92,5 MHz.

## Zivile Konfliktbearbeitung und Medien

Die Projektgruppe Zivile Konfliktbearbeitung  
Rhein-Main, in der auch das DFG-VK Bildungs-  
werk Hessen mitarbeitet, hat die Veranstaltungs-  
reihe Zivile Konfliktbearbeitung und Medien ge-  
startet. Zum Auftakt wurde Radio-Friedensjour-  
nalismus in Burundi vorgestellt. Zwei weitere  
Termine stehen fest:

### Was kann ein auf Afrika ausgerichteter Friedens- journalismus in Europa bewirken?

Referent: Emanuel Matondo

Freitag, 14. Juni 2019

### Projekt Love-Storm gegen Hass im Internet

Vorstellung des Projekts mit praktischen Übun-  
gen zum Umgang mit Shitstorms

Referent: David Scheuing

Freitag, 29. November 2019

Beide Veranstaltungen jeweils 16-19 Uhr,  
Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-  
Pfalz, Am Kronberger Hof 6, Mainz.

## Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen

### Sektion der War Resisters' International (WRI)

## Kontaktadressen & regelmäßige Termine der DFG-VK im Bereich der Landesverbände Hessen und Rheinland-Pfalz

Landesverband Hessen, Landesverband Rheinland-  
Pfalz & DFG-VK Bildungswerk Hessen e.V.:

Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt.

Tel. 0 69/43 14 40

[www.dfg-vk-hessen.de](http://www.dfg-vk-hessen.de), [dfgvkessen@t-online.de](mailto:dfgvkessen@t-online.de)

**Ahr-Rhein-Eifel:** c/o Wolfgang Huste (Antiquariat Huste),

Telegrafienstraße 16,

53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler.

Tel. 0 26 41/8 29 05 28, [whuste@aol.com](mailto:whuste@aol.com)

**Aschaffenburg:** (das liegt zwar in Bayern, zählt aber DFG-  
VK-mäßig zu Hessen) c/o Gunnar Schedel (Alibri Verlag),  
Hangstr. 3, 63768 Hösbach.

Tel.+Fax 0 60 21/58 17 34, [verlag@alibri.de](mailto:verlag@alibri.de)

**Bad Kreuznach:** c/o Jürgen Locher, Sigismundstr. 12,

55543 Bad Kreuznach. [juergenlocher@superkabel.de](mailto:juergenlocher@superkabel.de),

Tel. 06 71/6 28 78

**Darmstadt:** c/o Michael Bauer,

Gerhart-Hauptmann-Str. 47, 64291 Darmstadt.

[DFGVKDarmstadt@aol.com](mailto:DFGVKDarmstadt@aol.com),

[www.dfg-vk-darmstadt.de](http://www.dfg-vk-darmstadt.de)

Gruppentreffen: dienstags 20.00 Uhr,

Bessunger Knabenschule, Ludwigshöhrstr. 42

Mitglied im Darmstädter Friedensbündnis, Treffen am 1. u.

3. Montag im Monat, 19 Uhr, Halkevi, Luisenstr. 2

**Frankfurt:** Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt.

Tel. 0 69/4 98 03 94, [dfgvkffm@t-online.de](mailto:dfgvkffm@t-online.de)

Pazifistischer Ratschlag: unregelmäßig ca. einmal im  
Monat. Genauen Termin bitte erfragen.

Kriegsdienstverweigerungsberatung nach  
Vereinbarung

**Friedberg:** c/o Bernd Baier, Hintergasse 27,

61169 Friedberg. [dfgvk-friedberg@web.de](mailto:dfgvk-friedberg@web.de)

**Kassel:** Annastr. 11, 34119 Kassel.

Tel. 05 61-89 30 27, [kassel@dfg-vk.de](mailto:kassel@dfg-vk.de)

**Lahn-Dill:** c/o Martin Otto, Frankenstr. 77, 35578 Wetzlar.

Tel. 0 64 41/2 54 62, [mo-wz@gaaa.org](mailto:mo-wz@gaaa.org)

**Mainz:** c/o Bürogemeinschaft, Walpodenstraße 10, 55116  
Mainz.

Gruppentreffen: 1. Montag und 3. Donnerstag im Monat,

19.30 h, [dfgvkmz@web.de](mailto:dfgvkmz@web.de), [www.dfg-vk-mainz.de](http://www.dfg-vk-mainz.de)

Radiosendung: Pazifissimus - Mittwochs in ungeraden  
Kalenderwochen 18 bis 19 Uhr im Wiesbadener Lokalradio  
auf 92,5 MHz.

**Marburg:** Postfach 1246, 35002 Marburg.

Tel. 0 64 21/2 17 83, [dfgvk@lahn.net](mailto:dfgvk@lahn.net),

Kontakt zur Gruppe/Gruppentreffen: jeden 1. und 3.

Mittwoch im Monat um 18.30 Uhr, bei Radio Unerhört

Marburg, Rudolf-Bultmann-Straße 2b, 35039 Marburg.

Radiosendung: KALASCHNIKOV - das Magazin für mi-  
litanten Pazifismus.

Jeden 1. & 3. Mittwoch 19-20 Uhr, Wiederholung am fol-  
genden Donnerstag ab 6 Uhr, Radio Unerhört Marburg  
UKW 90,1 MHz

**Offenbach:** c/o Franz Nadler, Riethgasse 4, 63075 Offen-  
bach. Tel. + Fax: 0 69/81 51 28,

[office@Connection-eV.de](mailto:office@Connection-eV.de)

**Pfalz:** c/o Bettina Seckler, Künstlerkolonie 10,

67471 Elmstein. Tel. 0 63 28/98 99 07,

[dfg-vk-mittelpfalz@gmx.de](mailto:dfg-vk-mittelpfalz@gmx.de)

**Trier:** c/o Friedens- & Umweltzentrum, Pfützenstr.1,

54290 Trier. Tel. 06 51/9 94 10 17, [buero@agf-trier.de](mailto:buero@agf-trier.de)

**Westpfalz:** [klawir@atomstromfrei.de](mailto:klawir@atomstromfrei.de)

**Wiesbaden:** Vorübergehend erreichbar über die DFG-VK  
Hessen (s.o.)

## Solidarität mit den Gefangenen für den Frieden!

Zum Internationalen Tag der Gefangenen für  
den Frieden, am 1. Dezember, bittet die War  
Resisters' International (WRI, Internationale  
der KriegsdienstgegnerInnen) alljährlich seit  
1956 um **Solidarität mit Menschen, die welt-  
weit wegen ihrer Kriegsdienstverweigerung  
oder ihres Engagements für Frieden inhaftiert sind.**

Ihre Namen und Gefängnisadressen werden  
in der Liste der Gefangenen für den Frieden  
veröffentlicht, die ständig aktualisiert wird:

[www.wri-irg.org/node/4718](http://www.wri-irg.org/node/4718)

Die WRI ruft dazu auf, den Gefangenen

Kartengrüße als Zeichen der Solidarität und der  
Ermutigung in die Haft zu schicken.

Selbst wenn die Karten die Adressaten und  
Adressatinnen nicht erreichen sollten, machen  
sie deutlich, dass die Gefangenen nicht verges-  
sen sind, was sich auf die Haftbedingungen  
günstig auswirken kann.

Wir schreiben und verschicken die Karten  
mit netten Leuten, mit Live-Musik von Stroh-  
feuer Express, Filmen und Bildern, Speis und  
Trank am **Freitag, 6. Dezember 2019**, 19 Uhr,  
Bürogemeinschaft, Walpodenstraße 10, Mainz

Die Links zu den Artikeln gibt es auch unter [www.dfg-vk-mainz.de/links/fl63](http://www.dfg-vk-mainz.de/links/fl63)

## Deutsche Friedensgesellschaft — Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen

### Gruppe Mainz

c/o Bürogemeinschaft, Walpodenstraße 10, 55116 Mainz

Treffen am 1. Montag und 3. Donnerstag im Monat 19:30 Uhr

Konto 4 006 161 741, GLS-Bank, BLZ 430 609 67

IBAN: DE05 4306 0967 4006 1617 41, BIC: GENODEM1GLS

[dfgvkmz@web.de](mailto:dfgvkmz@web.de)

[www.dfg-vk-mainz.de](http://www.dfg-vk-mainz.de)

Informationen der DFG-VK sind oft erhältlich im Cardabela-Buchladen,  
Frauenlobstr. 40, Mainz

ViSdP: H. Gewehr, DFG-VK, Bürogemeinschaft, Walpodenstraße 10, Mainz - April 2019

